





Wd. 40.



15

Ueber die Nothwendigkeit  
und  
die Einrichtung  
eines  
Handelsgerichtes  
für  
Hamburg.

---

Von Johann Michael Gries, d. R. D.

---

Hamburg 1798.

gedruckt bey Friedrich Herrman Nestler.







Der Deputation eines k<sup>ön</sup>iglichen  
Commercii

ehrfurchtsvoll gewidmet.



Wohl Niemand kann mit größerem  
Rechte, wie Sie, meine Herren, ver-  
langen, daß eine Schrift, welche Vor-  
schläge enthält, die das Wohl der Hand-  
lung zur Absicht haben, Ihnen zur Prü-  
fung und Benrtheilung vorgelegt wer-



den. Das Zutrauen der Kaufmannschaft hat Sie zu dem wichtigen und ehrenvollen Geschäfte berufen, deren Bestes zu besorgen und zu befördern. Vor Ihren Richterstuhl gehören also recht eigentlich alle Vorschläge, die zu diesem Endzweck geschehn; Niemand ist so berechtigt und verpflichtet, wie Sie, dieselben zu prüfen und zu beurtheilen. Schwerlich würde indeß der Verfasser dieser Bogen es gewagt haben, Sie damit zu behelligen, wenn er nicht wüßte, daß die Wichtigkeit des Gegenstandes die Mangelhaftigkeit seiner Darstellung überwiegen wird, und wenn nicht das Urtheil einiger unsrer einsichtsvollsten Mitbürger ihr hoffen ließe, wenigstens in der Hauptsache ihren Sinn getroffen zu



haben. Er glaubte, daß es keine gelegnere Zeit und keine günstigeren Umstände geben könne, um das Projekt eines Handelsgerichtes in Anregung zu bringen, er glaubte, daß bey einer so günstigen Stimmung des Publikums für dasselbe, es genug sey, daß die Sache zur Sprache gebracht werde, gleichviel durch wen. Glücklicherweise leben wir in einer Zeit, wo der Gemeingeist anfängt, einen herrlichen Sieg über den Kollegiengeist davon zu tragen; wo es keine unüberwindliche Schwierigkeit für die Ausführung eines als nützlich erkannten Vorschlages ist, daß der Besitzstand anderer Departements dadurch gestört wird. Wir fangen an, uns als Glieder einer Familie zu betrachten, die



---

ihre individuellen Rechte und Vortheile dem  
gemeinschaftlichen Wohl aufopfern. So,  
meine Herren, fürchte ich nicht, daß viele  
äußere Hindernisse der Errichtung eines  
Handelsgerichtes entgegenstehen werden,  
wenn die Sache selbst als nützlich und aus-  
führbar befunden wird. Ihnen kommt es  
zu, darüber Ihre Ueberzeugung und die  
Stimme der Kaufmannschaft zu hören und  
dem gemäß zu verfahren.

---



**E**s kann wohl für einen Vorschlag keinen günsti-  
gern Augenblick geben, als den Zeitpunkt, wo das  
Uebel dem dadurch abgeholfen, oder das Bedürfnis,  
welches dadurch befriedigt werden soll, allgemein und  
lebhaft von dem größten Theil derer gefühlt wird,  
von deren Mitwirkung die Ausführung des Plans  
hauptsächlich abhängt. Unsere kaufmännischen Mit-  
bürger haben nie so laut wie grade jetzt ihre Unzu-  
friedenheit über den langsamen Gang unsrer Justiz,  
und über die Unbestimmtheit der Grundsätze, nach  
welchen ihre Handelsstreitigkeiten entschieden werden,



bezeugt; sie haben nie so laut den Wunsch geäußert, daß jenem Uebel durch die Errichtung eines Gerichtes, welches ausschließlich den Handelsfachen gewidmet wäre, und diesem durch die Ausarbeitung eines Gesetzbuches abgeholfen werden möchte. Durch diese günstige Stimmung des handelnden Publikums bewogen, wagt der Verfasser dieser Vogen es, ihm seine Vorschläge über diese Gegenstände bekannt zu machen. Er bescheidet sich gerne, daß sie vieler Verbesserungen bedürfen, oder vielleicht durch ganz andre ersetzt werden müssen: aber er verlangt für sich auch kein andres Verdienst, als das, diese Sache öffentlich zur Sprache gebracht zu haben, und sein Wunsch würde ganz erfüllt seyn, wenn nur irgend ein Plan, gleichviel welcher, darüber festgesetzt und befolgt wird.

Welchen Mängeln das vorgeschlagne Handelsgericht eigentlich abhelfen soll, das wird sich am besten durch eine kurze Untersuchung der Forderungen zeigen lassen, welche jeder Bürger an die richterliche Gewalt seines Staates zu machen berechtigt ist. Der Grund der Vereinigung zum Staat, oder der Zweck derselben, ist Sicherung der Rechte, die man hineinbringt



oder darin erwirbt, diese macht eine Verzichtleistung des Bürgers auf alle eigenmächtige Verfolgung seines Rechts notwendig. Er begiebt sich des Rechtes, sein eigener Richter zu sein, und die Urtheile, die er fällt, zu vollstrecken, dafür verspricht der Staat unpartheyische Untersuchung kollidirender Ansprüche, gewissenhafte Entscheidung derselben und pünktliche Vollstreckung des Ausspruchs.

Die richterliche Gewalt soll die Rechte des Bürgers schützen, seine Streitigkeiten richtig entscheiden, ihn vor jedem Angriff sichern. Er ist also berechtigt, zu fordern:

Zuerst, daß die Entscheidung einer jeden Streitigkeit gerecht sey, daß das, was Recht ist, auch durch den Richter dafür erklärt werde, dies aber setzt vollständige Gesetze voraus, wodurch genau bestimmt ist, was in den mancherley bürgerlichen Verhältnissen Rechtens seyn soll. Denn erstens giebt es kein andres Mittel, wie man sich vor Gefahr und Verlust sichern kann, als wenn man weiß, was Rechtens ist, um seine Handlungen darnach einzurichten zu können; zweytens, muß dabey so wenig wie



möglich der Willkür des Richters überlassen bleiben, damit er nicht, wenn die Entscheidung von ihm abhängt, aus Partheylichkeit oder Irrthum ein ungerichtetes Urtheil fällen könne.

Diese Forderung setzt schon eine andre voraus, nämlich die, daß die Streitsache gehörig untersucht werde. Um das Gesetz richtig auf einen vorkommenden Fall anwenden zu können, muß der Richter natürlich eine vollständige Kenntniß desselben erhalten. Dieser Zweck wird am besten dadurch erreicht, daß jede Parthey alle Gründe anführen kann, die sie für dienlich hält. Jede muß also vollständig gehört werden, und keine darf einen Vorzug vor der andern haben. Es muß nicht in des Richters Gewalt seyn, eine Parthey zu begünstigen, daher muß es genaue Vorschriften über die Rechte derselben bey der Untersuchung ihrer Streitsache, und über das Verfahren des Richters, während derselben geben.

Drittens kann der Bürger auf die möglichst schnellste Entscheidung seiner Streitigkeit dringen; der gewinnende Theil, damit ihm der Genuß seines Rechtes nicht unnützerweise vorenthalten werde, und



selbst der unterliegende hat ein Interesse daran, weil er wegen seiner Vorenthaltung des Rechts des andern zum Schadenersatz verurtheilt werden kann, und dieser durch die Verzögerung der Entscheidung immer größer wird. Diese Forderung setzt zwei Bedingungen voraus. Es darf dem Gerichte nicht an Zeit zur Untersuchung aller vorkommenden Streitsachen fehlen, und daher müssen die Personen, denen dies Geschäft übertragen ist, nicht mit andern und gar wichtigern Geschäften belastet seyn, denen im Nothfall die Privatstreitigkeiten nachstehen müssen. Zweitens darf es nicht in der Gewalt einer Parthey stehen, die Entscheidung der Streitsache unter wichtigen Vorwänden über die Zeit zu verzögern, welche zu ihrer genauen Untersuchung notwendig ist. Die angegebenen Punkte, glaube ich, enthalten alles, was man von einer guten Rechtspflege erwarten kann; desto unangenehmer ist für einen patriotisch denkenden Hamburger das Geständniß, daß die Vergleichung unsrer Gerichtsverfassung mit denselben sehr zum Nachtheil dieser ausfällt. Um so viel natürlicher aber ist der Wunsch, unsre in so vielen Stücken herrliche Verfassung auch in dieser Rücksicht vervollkommen zu sehen, und das Bestreben, zu diesem



Zwecke beyzutragen. Da indes Vorschläge, die in dieser Hinsicht geschehn, nur dann sich Eingang versprechen können, wenn die Mängel, denen sie abhelfen sollen, zur Ueberzeugung deutlich dargestellt werden, so trage ich kein Bedenken, auch dies Geschäft zu übernehmen. — Bey dieser Untersuchung wird sich freylich zeigen, daß die Mängel unsrer Gerichtsverfassung sie im Ganzen und nicht blos in ihrer Anwendung auf Handlungsfreitigkeiten betreffen; aber wer zu viel verlangt, läuft Gefahr, nichts zu erhalten.

Wer unsre Verfassung und den Gang der Geschäfte einigermaßen kennt, wem die Schwierigkeiten, welchen eine Reform der Gesetze unterworfen ist, nicht unbekannt sind, der wird leicht einsehn, daß eine Revision unsers Gesetzbuches und unsrer Gerichtsverfassung ein Vorschlag ist, dessen Ausführung erst unsern Nachkommen zu Gute kommen würde. Da ferner die Mängel beyder für den Kaufmannsstand, die wichtigste Klasse unsrer Mitbürger, am unbequemsten und drückendsten sind, da die Entscheidung der Handelsfreitigkeiten auf ganz eignen Grundsätzen beruht, und daher ihre Absonderung



und die Uebertragung derselben an ein eignes Gericht sehr leicht möglich und sehr rathsam ist: so wird man es nicht für partheyisch halten können, wenn meine Vorschläge sich auf die Verbesserung unserer Verfassung in Rücksicht auf die Untersuchung und Entscheidung der Handelsachen beschränken.

Die Unvollständigkeit und Mangelhaftigkeit unser Handelsgesetze ist zu bekannt, als daß es nöthig wäre, Beyspiele davon anzuführen. Sie ist eine unerschöpfliche Quelle von Prozessen und deshalb äußerst nachtheilig für den Kredit, und die Handlung. Es kommen häufig Fälle vor, für deren Entscheidung man gar keinen Grundsatz in unsern Handelsgesetzen findet. Es bleibt dann nichts übrig, als deren Beurtheilung aus der Natur der Sache herzuleiten, diese aber läßt sich fast immer aus zwey Gesichtspunkten betrachten und je nachdem man sie in dem einen oder den andern stellt, fällt die Entscheidung anders aus. Daß aber jeder Parthey den annimmt, welcher ihr am vortheilhaftesten ist, ist wohl sehr natürlich, und dann bleibt nichts übrig, als die Sache vor Gerichte zu bringen. So entstehen oft Prozesse selbst unter billigen und gütendenden



Leuten, von denen jeder nachgeben würde, wenn man ihm nur überzeugend darthun könnte, daß er Unrecht hat.

Ein andres Uebel entsteht aus der Collision, worin so oft die Römischen Gesetze mit den Gebräuchen und Gewohnheiten der Kaufleute stehen, dies ist eine reichhaltige Fundgrube für die Chikanen. Manche von diesen unter Kaufleuten angenommenen Grundsätzen sind allgemein anerkannt, können für ungeschriebene Gesetze gelten, und es mangelt ihnen nichts, wie die förmliche Gültigkeit, die sie durch die Aufnahme in unser Gesetzbuch leicht erhalten könnten. Und doch ist dieser letztere Umstand hinreichend, um ihre Anwendbarkeit unsicher zu machen. Es fehlt nämlich nicht an Beyspielen, daß Leute, die selbst von der Gültigkeit dieser Sätze überzeugt sind, und die kein Bedenken tragen würden, sich darauf zu berufen, doch bey einem gegen ihre Erwartung ausgefallnen Geschäft, bey einer misslungenen Conjunktur einen Versuch machen, ihren Verlust auf einen andern zu wälzen, indem sie sich darauf verlassen, daß man nicht sagen kann: hier steht es geschrieben, daß dies Geschäft, weil es zwischen



Kaufleuten vollzogen ist, zu seiner Gültigkeit die Form, welche das Römische Recht vorschreibt, nicht bedarf, oder hier steht der Grundsatz des Handelsrechts, nach welchem du Unrecht hast, weil deine Sache eine Handelsache ist, und also nicht nach dem Römischen Recht beurtheilt werden kann. — In einem solchen Fall läugnen sie die Existenz des Grundsatzes, worauf man sie verweist, und bringen auf die Anwendung des gemeinen Rechtes. Der Richter, welchen man kein geschriebenes Gesetz aufzeigen kann, kann nicht umhin, dem Gegentheil den Beweis aufzulegen, daß der Grundsatz, welchen man bestreitet, eine zu Recht beständige Gewohnheit sey, und nun hat der Chikaneur gewonnenes Spiel.

Wer die ungeheuern Schwierigkeiten des Beweises einer Gewohnheit kennt, wird wissen, daß etwas allgemein dafür anerkannt seyn kann, ohne doch rechtlich als solche geltend gemacht werden zu können. Für meine nicht-juristischen Leser will ich nur anführen, daß dabey eine Reihe von Vorfällen bewiesen werden muß, worin die Personen, unter welchen die Gewohnheit gelten soll, ihre Handlungen freywillig nach der Regel, welche behauptet wird,



eingerichtet haben, in der Meynung, daß sie dazu verbunden wären. Glückt es nun dem Gegentheil einen einzigen entgegengesetzten Fall während des angegebenen Zeitraums aufzubringen, so ist der ganze Beweis zerstört. Aber wenn man auch, wie es hier geschieht, es mit dem Beweise der Gewohnheit nicht so genau nimmt, und sich mit einer Bescheinigung begnügen will, so ist doch damit nichts gewonnen. Diese Bescheinigung kann nicht anders beygebracht werden, als durch Atteste und Pareres; und so wie man sagt, daß es keine so unsinnige Behauptung gebe, die nicht irgend ein Philosoph in Schutz genommen hätte, so giebt es auch wohl im Handelsrecht keinen so irrigen Satz, daß er nicht durch ein Parere unterstützt wäre oder werden könnte, und keinen Fall, worüber sich nicht entgegengesetzte Atteste aufbringen ließen. Ist die Sache so weit, so versucht der Richter, der die Gefahr sieht, worin die Parthey ist, welche das Recht auf ihrer Seite hat, einen Vergleich zu Stande zu bringen, und er ist noch glücklich genug, wenn der Gegner durch das Bewußtseyn der Ungerechtigkeit seiner Sache sich bewegen läßt, darin zu willigen, weil die Entscheidung für diesen ausfallen müßte,



wenn die Sache gerichtlich beendet würde. — Die-  
 sein aus dem Mangel eines Handlungsfoder, und  
 aus dem Widerspruch der Handlungsgewohnheiten  
 mit dem Römischen Recht entstehendem Uebel, kann  
 freylich nicht anders abgeholfen werden, wie durch  
 die Entwerfung eines Handelsgesetzbuches, durch die  
 Eintragung, in welches viele Fälle, die jetzt schon  
 unter den Kaufleuten angenommen sind, über allen  
 Widerspruch erhoben werden würden. Aber diese  
 Maasregel ist freylich leichter vorzuschlagen als aus-  
 zuführen, da die so gehäuften Geschäfte der Mit-  
 glieder des Senats es ihnen vielleicht noch lange  
 unmöglich machen, eine Arbeit von solchem Umfange  
 zu unternehmen, und wir dürfen wohl so bald nicht  
 hoffen, unsere Handelsgesetze revidire und ergänzt  
 zu sehen, da Zeit und Umstände es noch nicht ein-  
 mal gestattet haben, von der Vorarbeit eines unsrer  
 einsichtsvollsten Mitbürger zur Entwerfung eines  
 Wechselrechts Gebrauch zu machen. Eben dieser Um-  
 stand, daß wir keine Hoffnung haben, in dem  
 gewöhnlichen Gange der Geschäfte einen Handelsko-  
 dex zu erhalten, bringt mich auf den Gedanken,  
 einen Vorschlag zu thun, wie wir nach und nach  
 ohne Mühe eine Menge von einzelnen Handelsges-



setzen erhalten können, und zwar durch das Handelsgericht, dessen Errichtung ich unten vorschlagen werde. So oft nämlich ihm ein Fall vorkäme, für welchen es noch kein bestimmtes Gesetz gäbe, müßte es befugt seyn, einen Grundsatz über diese Gattung von Fällen provisorisch anzunehmen und bekann zu machen, daß es demselben als eine Norm für sich anerkenne. — Am Ende eines jeden halben Jahres müßte es verpflichtet seyn, dem Senate alle in diesem Zeitraum aufgestellte Normen des Handelsrechts nebst den Entscheidungsgründen zu übergeben.

Der Senat würde sich für den aufgestellten Grundsatz oder für den entgegengesetzten erklären und die Alternative auf dem gewöhnlichen Wege an die Bürgerschaft bringen, welche dann definitiv entscheiden müßte. — Auf diese Art würden wir in kurzer Zeit wenigstens für die am häufigsten vorkommenden Fälle Regeln erhalten; der größte Theil unsrer Handelsgewohnheiten würde in geschriebene Gesetze verwandelt, wogegen keine Einwendung mehr Statt findet, von allen so oft vorkommenden widersprechenden Meinungen würde eine angenommen, und dadurch den vielen Processen vorgebeugt werden, die aus der Ungewißheit des Rechts entstehen.



Daß in unsern Gerichten Streitsachen nicht hinlänglich untersucht, oder die Partheyen nicht vollkommen gehört würden, oder daß im Lauf des Prozesses Begünstigungen vorkämen, darüber wird sich freylich nicht leicht Jemand beschweren können, aber wohl darüber, daß die Nachsicht gegen die Partheyen zum Nachtheil der schnellen Entscheidung zu weit getrieben wird. Dennoch ist gewiß eine der gegründetsten Foderungen, welche man an die Justiz machen kann, die, daß alle Streitsachen so schnell entschieden werden, wie es nur immer unbeschadet der Gründlichkeit der Untersuchung geschehen kann. Auch dieser Mangel der Gerechtigkeitspflege ist besonders dem Handelsstande nachtheilig. Wenn man auch nicht in Anschlag bringen will, daß der Gegenstand bey Handelsfreitigkeiten gewöhnlich wichtiger ist, wie bey andern Rechtshändeln, so leidet doch der Kaufmann, dem sein Geld eine lange Zeit vorenthalten wird, mehr wie ein andrer, weil er es auf eine weit vortheilhaftere Art benutzen kann. Auch ist der langsame Gang der Gerechtigkeitspflege gewiß dem Kredit nicht wenig nachtheilig; der Auswärtige wird natürlich schwieriger werden, sich mit Jemanden einzulassen, von dessen Redlichkeit er noch keine



sichre Beweise hat, wenn auch dessen Vermögenszustand ihm bekannt ist, wenn er weiß, daß auch in der gerechtesten Sache es nur von jenem abhängt, ihn mit seiner Forderung geraume Zeit aufzuhalten. — Die Ursachen dieser Langsamkeit unserer Justiz sind mannigfaltig; ich begnüge mich, die vornehmsten anzuführen. — Es giebt bekanntlich bey uns eine doppelte Art des Verfahrens bey Streitsachen, einen gerichtlichen und außergerichtlichen Prozeß. — Jener wird beym Ober- und Niedergerichte, dieser bey der Praetur und zu Rath angewandt, das Verfahren bey der Praetur nähert sich aber jetzt dem gerichtlichen so sehr, daß es wenigstens für unsern Zweck unentbehrlich ist, es davon abgesondert zu betrachten. — Der Hauptunterschied besteht darin, daß bey dem gerichtlichen Verfahren, alles, was die Partheyen mündlich oder schriftlich vorzubringen haben, durch dazu bestellte Procuratoren, durch Rezepte vorgetragen oder übergeben wird, da hingegen zu Rath alle Sachen allein durch einzureichende Supplicationen verhandelt werden, und darin, daß sich die außergerichtliche Verfahrensart der summarischen mehr nähert. Unsere Gerichtsordnung ist äußerst mangelhaft und unvollständig, und auch die Bestimmungen, welche die



Reichsgesetze zur Beschleunigung des Prozeßganges enthalten, sind in vorigen Zeiten so wenig beobachtet worden, daß das Gegentheil zum Gerichtsgebrauch geworden ist.

So laufen freylich die gewöhnlichen Termine, die zur Beybringung prozeßualischer Schriften erkannt werden, nur 8 Tage, aber es wäre ein seltnes Beispiel, wenn die auferlegte Handlung an diesem ersten Termin vollzogen würde, man hat wenigstens 4 Wochen Zeit, ehe es so weit kommt, daß in *contumaciam* gesprochen werden kann, und kommt dann noch immer früh genug. Ueber das wird fast niemals in *contumaciam* gesprochen, sondern man setzt gern vorher noch einen neuen Termin. Kommt es endlich dahin, daß wirklich gesprochen werden muß, so wird doch die kontumazirte Parthey häufig nur ihrer dilatorischen Einreden verlustig erklärt, und ihr auferlegt, sich in der Hauptsache einzulassen. Zerner wird fast nie ein Fristgesuch abgewiesen, die Ursache mag bescheinigt seyn oder nicht, oder es mag auch gar keine angeführt seyn. Alle diese Mißbräuche können jetzt nicht den Gerichten zur Last gelegt werden, weil sie durch lange Beobachtung fast zum Ge-



richtsgebrauch geworden sind, und alle Versuche ihnen abzuhelpen, würden vielleicht die Sachen nur noch mehr in die Länge ziehen; die Partheyen würden sich beschwert finden, ein Rechtsmittel einzuwenden, und dadurch ihre Gegner noch länger aufhalten, wie es im gewöhnlichen Gange geschieht. — Dazu kommen nun noch die Gerichtsferien, welche fast die Hälfte des Jahres wegnehmen, und wenn die Sache endlich in der ersten Instanz zu Ende gebracht ist, die Rechtsmittel, welche gegen das gefällte Urtheil eingewandt werden, wodurch der Prozeß wieder von vorne anfängt. Aber damit ist die Liste der Verzögerungsursachen noch nicht zu Ende. Das dilatorische Verfahren nimmt oft am meisten Zeit weg. Doch dies bedarf einer Erläuterung. Die Einreden, oder die Einwendungen, welche der Beklagte gegen die Klage vorbringen kann, sind entweder solche, welche die Forderung und Behauptungen des Klägers selbst anfechten, die die Klage zerstören sollen (zerstörliche, peremptorische) oder solche, die sich nur auf die Umstände, unter welchen die Klage angestellt wird, beziehen und wodurch behauptet wird, daß noch gewisse Punkte erledigt werden müssen, ehe die Klage rechtmäßig vorgebracht werden



kann. 3. B. daß der Kläger erst Caution leisten, daß er erst seine Vollmacht beybringen müsse u. s. w. — Nach den Reichsgesetzen und nach den allgemeinen Grundsätzen des Processes, soll der Beklagte in seiner Exceptionschrift solche verzögerliche Einreden (wenige Fälle ausgenommen,) nie allein vorbringen, sondern sich zugleich auf die Klage selbst einlassen, d. h. angeben, was er von den Behauptungen des Klägers zugestehet und was er ablehnet, ferner sollen sie zugleich so bescheinigt werden, daß im ersten Urtheil darüber erkannt werden kann. Beydes wird in unsern Gerichten nicht beobachtet, die Exceptionschrift enthält häufig nichts wie dilatorische Einreden, worunter das Cautionsgesuch die gewöhnlichste ist, darüber wird dann erst ganz durchgehandelt, und am Ende bisweilen noch ein Beweisverfahren über die verzögerlichen Punkte gestattet. — Erst wenn dies, vielleicht nach Jahr und Tag, geendigt ist, fängt die Hauptsache an.

Hey dem außergerichtlichen Verfahren zu Rath fallen freylich sehr viele von den Ursachen weg, welche den Gang der in den Gerichten anhängigen Prozesse aufhalten, aber unglücklicherweise treten dafür andre



Schwierigkeiten ein, welche auch hier die Entscheidung sehr verzögern. Es giebt hier keine Ferien, manche in den Gerichten übliche Förmlichkeiten fallen wegr. aber alle diese Vortheile werden durch einen einzigen nachtheiligen Umstand aufgewogen, und dieser ist, Mangel an Zeit — Da die aussergerichtlich anhängigen Rechtsstreite in den gewöhnlichen Versammlungen des ganzen Rathes vorgenommen werden, und der Senat das Centrum aller öffentlichen innern und auswärtigen Angelegenheiten ist, so müssen natürlich die Privatstreitigkeiten den Sachen, welche das Ganze betreffen, nachstehen, und so muß auch der Referent die Prozesssachen, welche ihm übergeben sind, oft lange liegen lassen, weil er in öffentlichen Angelegenheiten zu arbeiten hat. Das Uebel wird noch dadurch vergrößert, daß beym Referiren kein ordentlicher terminus eingeführt ist, und daß es also von mancherley günstigen und zufälligen Umständen abhängt, ob Jemand mit seinen fertigen Relationen auch wirklich zum Vortrage kommt. Es fehlt nicht an Beyspielen, daß ein Referent ganze Akenstöße Monate lange alle Rathstage zum Referiren mitgenommen hat, und doch immer unrichteter Sache wieder weggefahren ist. —



Dies sind die Hauptsachen der langen Dauer unserer sowohl gerichtlich als außergerichtlich anhängigen Prozesse, denen nach meiner Meynung bey Handelsstreitigkeiten durch ein Handelsgericht gänzlich und auch wohl auf keine andre Weise abgeholfen werden kann.

Die Hauptücksicht bey dessen Einrichtung würde also natürlich die seyn, diesen Mängeln möglichst auszuweichen, welches nicht schwer seyn kann, da man sie durch eine nur zu lange Erfahrung hinlänglich kannte. — Sehr natürlich wäre es wohl, daß auch dies neue Gericht seine Arbeiten unter Autorität des Senats vornähme und daß daher einige vom Senat zu erwählende Mitglieder desselben Sitz darin hätten, und eins derselben das Praesidium führete. Da aber die Menge von Geschäften, womit die Senatoren überhäuft sind, einer der Gründe ist, welche das Handelsgericht nothwendig machte, so würden sie wohl dabey mit keinen andern Geschäften, als denen, die in den Sessionen vorkommen, beschwert werden dürfen, sondern man müßte zwey Graduirte ernennen, unter die alle Relationen vertheilt würden\*), welche

\*) Doch so das jedesmal die Akten einem der beßigenden Kaufleute zum Korreferiren gegeben würden, der



dies Amt lebenslänglich behielten, und daher durch ein nicht unbeträchtliches Honorarium\*) für ihre Verzichtleistung auf den einträglichsten Theil der juristischen Praxis entschädigt werden müßten. Die übrigen Mitglieder würden aus Kaufleuten bestehen.\*\*)

Es könnte nun nicht schwer seyn, durch eine kurze und bestimmte Gerichtsordnung, wenn nur Anfangs mit Ernst auf ihre Ausführung gehalten würde, den meisten der oben angeführten Mißbräuche vorzubeugen.

Es würde mich zu weit führen, wenn ich einen vollständigen Entwurf dazu mittheilen wollte, ich begnüge mich daher, nur die Hauptpunkte anzugeben:

jedoch nur dann seine Relation zu halten brauchte, wenn seine Meinung über die Darstellung der Sache von der des Referenten verschieden wäre.

\*) Die erforderliche Summe durch das commercium von der Admiralität zu erhalten, würde hoffentlich keine Schwierigkeit haben.

\*\*) Sieben, dünkt mich, würden weder zu viele noch zu wenig seyn. Von diesen müßte alle Jahr nur einer abgehen. Die zuerst gewählten müßten alle sieben Jahr darin bleiben.



ben, auf die vorzüglich Rücksicht genommen werden muß, und die alle auf den Zweck hinausgehen, die Handelsprozesse so viel wie möglich abzukürzen, und zu beschleunigen, und es den Partheyen unmöglich zu machen, der Beendigung derselben einen Aufenthalt in den Weg zu legen, der nicht zur gründlichen Untersuchung nothwendig ist.

Die dazu dienlichsten Mittel sind 1) Ansetzung möglichst kurzer Termine, und Strenge beym Kontumaziren, 2) gänzliche Abschneidung alles Dilatorischen Verfahrens, 3) Einführung eines genauen directorii processus, 4) Einschränkung der Rechtsmittel gegen ein gesprochenes Urtheil. Zuerst würde ich für dies Gericht das zu Rath übliche außgerichtliche Verfahren vorschlagen. Man entgeht dadurch einer Menge von ganz unnöthigen zeit- und geldspilligen Weitläufigkeiten, die von dem gerichtlichen Verfahren unzertrennlich sind, und erreicht zugleich den Vortheil, daß weniger Personen dazu erforderlich, also auch bey der Dauer der Prozesse interessirt sind — Die möglichste Abkürzung der Termine erreicht natürlich den beabsichtigten Zweck nicht, wenn nicht mit der nöthigen Strenge dar-



über gehalten wird, daß sie wirklich beobachtet werden. Fristgesuche ohne Anführung einer Ursache müssen daher nie bewilligt werden, so wie große Vorsicht bey der Untersuchung nothwendig ist, ob die angeführte Ursache zulässig ist oder nicht. Durch die Ansetzung eines Termins wird einer Parthey eine gewisse Handlung innerhalb oder zu einer gewissen Zeit auferlegt. Ein Fristgesuch muß also die Anführung eines Grundes enthalten, welcher es ihr unmöglich mache, dem richterlichen Befehle Folge zu leisten. Es ist daher leicht, den Grundsatz, nach welchem diese Gesuche beurtheilt werden müssen, aufzustellen. Stand es bey der Parthey, das vorgewandte Hinderniß wegzuräumen, so hat das Gesuch natürlich nicht Statt. Die Gründe, welche von der Person des Advokaten hergenommen sind, verdienen daher keine Rücksicht. Das Gericht hat mit den Advokaten nichts zu thun, es ist ihm gleichgültig, ob die Parthey ihre Sache von diesem oder von jenem führen läßt, und wenn ihr Sachwalter mit Geschäften überhäuft oder verreist oder krank ist, so kann sie einen andern annehmen. Auch wird der erste Grund bey einem Gericht, das strenge im Kontumaziren ist, wohl nicht vorgebracht werden, denn



Was für ein angelegentlicheres Geschäft kann ein Advokat haben, als eine Urtheil, durch deren Aufschub sein Klient einen Nachtheil erleidet. Was Ursachen betrifft, die der Sache nach zulässig sind, so wird man, um sich dagegen zu sichern, daß sie nicht als bloßer Vorwand angeführt worden, fordern müssen, daß sie bescheinigt werden, oder daß in Fällen, wo dies nicht thunlich ist, die Parthey an Eidesstatt versichern, daß sie wirklich Statt haben.

Der zweyte Punkt wäre gänzliche Abschneidung des dilatorischen Verfahrens. Ich habe schon oben den Unterschied zwischen dilatorischen und peremptorischen Einreden und dem dilatorischen Verfahren und dem in der Hauptsache gezeigt. Es ist nicht schwer zu zeigen, daß die Trennung dieser beyden Theile eines Prozesses zur gründlichen Betreibung nicht nöthig, also ein sehr zweckwidriges Hinderniß der Beendigung einer Streitsache ist. Es entsteht nicht der mindeste Nachtheil für die Partheyen daraus, wenn beyde zusammen behandelt werden. Ist die Sache durch die den Partheyen zustehenden Schriften hinlänglich verhandelt, so lassen sich drey Fälle denken. Entweder die dilatorischen Einreden werden als unbedeutend oder unerwiesen befunden, so kann gleich



mit Uebergang derselben ein Endurtheil gesprochen werden. Oder es findet sich, daß wirklich gewisse Einreden erwiesen sind, deren Erledigung nothwendig ist, ehe man dem Kläger die Befugniß zugestehen kann, die Klage anzustellen, dann wird er abgewiesen, weil seine Klage angebrachtermaßen nicht statt habe; oder endlich die dilatorischen Einreden betreffenden Punkte, deren förmliche Berichtigung vor Entscheidung der Sache nothwendig, und dem Klagen leicht möglich ist: so wird sie durch ein Interlocut aufgelegt, und nach Ablauf des dazu angesetzten Termins das Endurtheil gesprochen. — In den ersten von diesen Fällen wird die Zeit für das dilatorische Verfahren ganz erspart, im dritten eben so, und im zweyten wird nicht mehr Zeit gebraucht, wie sonst das dilatorische Verfahren allein erfordert hätte. Nach dem bisher üblichen Gange wäre freylich das Verfahren in der Hauptsache ganz unterblieben, und daher würden die Advokaturkosten für die Auseinandersetzung derselben wegfallen, aber der Beklagte leidet nicht dabey, weil der unbefugte Kläger natürlich in den Kosten verurtheilt wird, und dieser hat sich seinen Schaden selbst zuzuschreiben. — Auch wird dieser dritte Fall nicht leicht eintreten können, wenn ein



genaues directorium processus bey dem Handelsgerichte eingeführt wird. Ueber diesem Ausdrucke verstehe ich die sehr natürliche Obliegenheit des Richters, den Gang des Processes zu leiten, und über die durch Gesetze oder gesunde Vernunft vorgeschriebenen Regeln desselben zu halten. Dies directorium ist so wohlthätig für die Partheyen, und ich möchte sagen, ein so wesentliches Stück einer guten Justizpflege, daß es in der That befremdend genug ist, es in vielen Gerichten gar nicht anzutreffen. Der Zweck desselben ist die Entfernung jedes unnützen Aufenthaltes, der durch ein gesetz oder vernunftwidriges Betragen einer Parthey entstehen könnte. Daher wird eine jede eingegebene Schrift sorgfältig geprüft, und findet sich etwas geradezu verwerfliches, so wird sie zurückgegeben, um einen zwecklosen Schriftwechsel zu vermeiden. Besonders im Anfange eines Rechtshandels hat der Richter häufig Gelegenheit, von diesem Rechte den wohlthätigsten Gebrauch zu machen, da durch eine gehörige Prüfung der Klageschrift manchen Processen ganz vorgebeugt werden kann. So oft nämlich aus der Untersuchung derselben sich ergibt, daß die Klage ganz verworren, unverständlich oder vernunftwidrig (inept) ist, daß



sie vor das Gericht, wo sie angebracht wird, nicht gehört, daß der, welcher angegriffen wird, nicht der rechte Beklagte ist, daß der Kläger sich zur Sache gar nicht legitimirt hat, oder seine Befugniß zu klagen durch nichts begründet hat, daß endlich die Klage ganz unstatthaft ist, weil, wenn auch alle Angaben des Klägers als gegründet angenommen würden, er dennoch kein Recht zu klagen hätte; so wird nach Beschaffenheit der Umstände, der Kläger ganz, oder so lange abgewiesen, bis er den wesentlichen Mangel verbessert hat, und zwar zu seinem eigenen Vortheil, indem ihm dadurch die Kosten eines unnöthigen Schriftwechsels erspart werden, bey dessen Ende daß selbe hätte erfolgen müssen. Bey den Gerichten, wo das *directorium processus* nicht üblich ist, können diese heilsamen Maasregeln, vermöge der einmal getroffenen Einrichtung gar nicht statt haben, weil der Richter die Schriften nicht, so wie sie übergeben werden, sondern erst den ganzen Schriftwechsel am Ende desselben zu sehn bekommt. Die Klage wird in der Audienz produziert, und man erkennt gleich *Exceptiones*, so geht es auch mit der *Replik* u. Erst am Ende der Verhandlungen bittet eine Partei *editionem actorum*, und dann erhält der



Richter die Akten. In manchen Gerichten kommt freylich jede Schrift in die Hände eines Referenten, aber häufig genung wird die Prüfung des Inhaltes außer Acht gelassen, und wenn die Schrift nicht etwa sehr anzügliche Ausdrücke enthält, erfolgt selten eine andre als die gewöhnliche Verfügung, wodurch die Kommunikation und Antwort auferlegt wird. In allen oben angeführten Fällen also, wo die Klage verworfen werden mügte, wird doch die Sache ganz durchgehandelt, ehe die Verfügung erfolgt, die anfangs hätte getroffen werden können.

Nicht weniger nothwendig, aber am schwierigsten ist die Einschränkung der Rechtsmittel gegen gefällte Urtheile. Zwar hat Hambura ein kaiserliches Privilegium, vermöge dessen in Handelsfachen nicht an die Reichsgerichte appellirt werden darf, aber wir haben leider Beispiele genug, daß ohne Rücksich darauf, wenigstens am Kammergerichte, solche Sachen angenommen werden. Aber selbst wenn man es dahin bringen könnte, dies Privilegium nach seiner weitesten Ausdehnung in Kraft zu setzen, so wäre damit noch nicht sehr viel gewonnen, die Reichsgesetze substituiren in allen Fällen, worin der Gegenstand die Appellationssumme nicht erreicht, oder



durch Privilegium inappellabel ist, dem Rechtsmittel der Appellation die Revision und Verschickung der Akten an ein auswärtiges Juristen-Kollegium. Diese Versendung bringt nicht nur großen Zeitverlust, sondern auch die Gefahr mit sich, daß aus Mangel an Sachkenntniß der Richter, und wegen ihrer Anhänglichkeit an das Römische Recht irrige Urtheile gefällt werden. — Durch Gesetze ist dagegen, wenigstens von einem ohnmächtigen Reichsstande, nichts auszurichten, aber desto mehr, glaube ich, darf man von einer freywilligen Assoziation der Kaufmannschaft hoffen, die ich unten vorschlagen werde. Es muß indeß freylich Rechtsmittel gegen ein gefälltes Urtheil geben, weil es zu mißlich ist, es auf eine einzige Entscheidung ankommen zu lassen, die wenigstens der verlierende immer geneigt ist, für einseitig zu halten. Es ist auch nicht ohne Grund, daß man annimmt, es müsse wenigstens drey Instanzen geben, damit von zwey widersprechenden Urtheilen in der letzten Instanz eins bestätigt werde. Ist aber dieser Zweck zwey gleichlautende Entscheidungen zu erhalten, in der zweyten Instanz schon erreicht, so dünkt mich, ist es nicht rathsam, noch ein ferneres Rechtsmittel gegen die zweyte Instanz zuzugesehen.



denn, fiel das Urtheil gegen den aus, der in den beyden ersten Instanzen gewonnen hat, so wäre es unbillig, ihm nicht auch noch ein Rechtsmittel zu verstatten, und würde das dritte Urtheil in der vierten Instanz bestätigt, so müßte man noch eine fünfte haben, um eine endliche Entscheidung zu bekommen. Ich würde daher vorschlagen, bey dem Handelsgericht nie über drey Instanzen zuzulassen, in allen Fällen aber, wo das Urtheil der zweyten Instanz mit dem der ersten gleichlautend wäre, kein Rechtsmittel weiter zu verstatten. Die erste Instanz wäre das Handelsgericht, die zweyte Restitution bey demselben, wo die Akte einen andern Referenten gegeben würde, und die dritte Supplication zu Rath. Bey der zweyten Instanz sowohl als bey der dritten wäre jeder Parthey nur eine Schrift zu verstatten, Deduction und Gegenduction, die erstere müßte in vierzehn Tagen, von Enwendung des Rechtsmittels an, eingereicht werden, bey Verlust desselben, eben so müßte der Gegenduction nur ein vierzehntägiger peremptorischer Termin gegeben werden. Auf diese Art wäre eine Sache, die durch alle drey Instanzen ginge, in vier Monaten zu Ende gebracht. — Diese Rechtsmittel an die Stelle der durch die Reichsgesetze ein-



geführten zu setzen, liegt leider außerhalb der Gränzen unsrer gesetzgebenden Gewalt, wir können also nicht hoffen, sie auf eine andre Art eingeführt zu sehn, als durch eine freywillige Uebereinkunft der Kaufmannschaft, und ich glaube, diese würde nach der Organisation des Handelsgerichts am füglichsten durch eine Aufforderung der Deputirten des Kommerziums bewirkt werden können, durch Unterzeichnung ihres Namens auf dem Börsensaale, der Appellation an die Reichsgerichte und dem Rechtsmittel der Versendung der Akten an Juristenkollegien auf immer zu entsagen. Man kann erwarten, daß alle patriotisch-gefinnten Kaufleute mit ihrem Beyspiel voranz gehen würden, und ich glaube, es würde bald dahin kommen, daß Niemand sich davon ausschließen könnte, ohne seinem Rufe zu schaden. — Dem Handelsgerichte könnte freylich durch Rath- und Bürgerschuß die ausschließende Befugniß ertheilt werden, in Handelsfachen zu erkennen, wodurch denn auch zugleich das Admiraltätsgericht überflüssig würde, was bis jetzt so wenig seinen Zweck erreicht hat; da man aber doch die Appellationen und Revisionen nicht verwehren könnte, so halte ich es für besser, es dabey bewenden zu lassen, dem Handelsgerichte



nicht die ausschließende, sondern nur konkurren-  
 Jurisdiktion in Handelsachen zu geben, es sogar  
 jedem Beklagten frey zu stellen, von dem Handels-  
 gericht zu Gericht zu provoziren, aber auf eben die  
 Weise, wie oben vorgeschlagen worden, die Kauf-  
 mannschaft einzuladen, sich verbindlich zu machen,  
 alle ihre Handelsfreitigkeiten bey dem Handels-  
 gerichte anhängig zu machen und als Beklagte sich  
 vor demselben einzulassen. Nur müßte zugleich zum  
 Gesetz gemacht werden, daß, wer sich bey dem Han-  
 delsgericht einliesse, auch verbunden wäre, der Ap-  
 pellation und Revision zu entsagen. Ich glaube,  
 daß man auf diese Art vielen Schwierigkeiten aus-  
 weiche, die sich sonst dem Handelsgerichte entgegen  
 stellen würden. — Man kann wohl nicht ohne Grund  
 hoffen, es werde auf diese Art bald in Vergessenheit  
 gerathen, daß es einen andern Weg gebe, Handels-  
 sachen zu entscheiden, wie durch das Handelsgericht;  
 so wie jetzt wenig Kaufleute mehr wissen, was ein  
 Konkurs ist, und daß es eine andre Art giebt, Fal-  
 lissementsachen zu beendigen, wie durch Akkord. — End-  
 lich schlage ich bey dem Handelsgericht noch eine Maß-  
 regel vor, die nicht nur sehr gerecht, sondern auch in man-  
 chen Fällen dienlich ist, um Prozessen vorzubeugen:



sie besteht darin, daß man in der Regel den ver-  
 loren in die Prozeßkosten verurtheilt. Bisher  
 gehört ein solcher Fall nur unter die Ausnahmen,  
 und die Gelindigkeit geht so weit, daß fast keine  
 Parthey dazu verurtheilt wird, als deren Behaup-  
 tungen ohne allen Grund, und deren Ehre fast  
 erwiesen ist. Wenn man indeß bedenkt, daß der  
 Billigkeit und den gemeinen Rechten nach, der, wel-  
 cher einem andern durch seine Schuld, sein Versehen  
 sey auch so geringe, wie es wolle, einen Schaden  
 verursacht, diesen zu ersetzen verpflichtet ist: so wird  
 man bey der Verurtheilung in die Kosten nicht so schwie-  
 rig seyn. Giebt man diesen Grundsatz zu, so kann  
 man auch die folgende Anwendung desselben auf Pro-  
 zeßkosten nicht leugnen. Der streitige Punkt bey  
 einem Prozesse ist, entweder ein Rechtsatz, oder  
 eine Thatfache. Im erstern Falle ist eigentlich der  
 unterliegende Theil immer verbunden, seinen Geg-  
 ner die Kosten zu ersetzen, denn er konnte nicht nur  
 wissen, sondern war verpflichtet zu wissen, was die  
 Gesetze mit sich bringen. Indes wird man doch so  
 lange Ausnahmen von dieser Regel machen müssen,  
 als es wirklich kontroverse Rechtsätze giebt, daß  
 heißt, solche, über welche die Stimmen der Sach-



erkundigen getheilt sind. Im zweyten Falle muß, wenn der Kläger verliert, er jedesmal die Kosten ersetzen. Es war seine Pflicht, sich sorgfältig zu erkundigen, ob seine Behauptung gegründet war, und ob er sie erweisen konnte. Unterlies er dies, so darf wenigstens kein andrer durch seine Nachlässigkeit leiden. Unterliegt aber der Beklagte, so wird es darauf ankommen, ob er verbunden war, die streitige Thatsache zu wissen oder nicht. Im letztern Fall werden die Kosten kompensirt werden müssen, weil er nicht verpflichtet war, nachzugeben, ehe man ihm die Gültigkeit der Forderung an ihn bewiesen hatte. — Ich schränke mich auf die Entwerfung der Skizze ein, und überlasse die Ausführung derselben und die Ausbildung des Details einer geschickteren und geübteren Hand. —







KK 698

ULB Halle

3

005 368 855



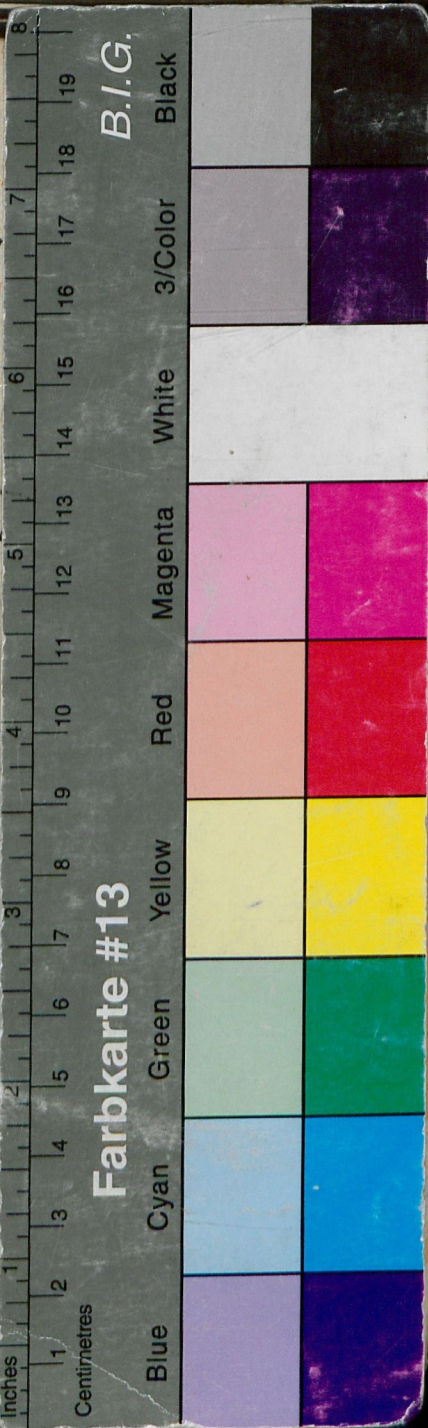
Retr 17.8.00 V

VD 17









15

Ueber die Nothwendigkeit  
und  
die Einrichtung  
eines  
Handelsgerichtes  
für  
Hamburg.

Von Johann Michael Gries, d. R. D.

Hamburg 1798,  
bedruckt bey Friedrich Herrman Nestler.